Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

198 (25.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 198 — Donnerstag den 25. August 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskanzler hat am Mittwoch Vertreter des deutschen Handwerks empfangen und ihre Wünsche angehört.

•

Der Rechtspflege-Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags ist auf den 2. und 3. September nach Beuthen, durch seinen Vorsitzenden, den Abg. Dr. Freisler (NS.) einberufen worden.

•

Ein neues Sondergerichtsurteil in Berlin bestraft den jugendlichen Kommunisten Schmidtke mit 10 Jahren Zuchthaus.

•

Als Nachfolger des zurückgetretenen Staatssekretärs Dr. Trendelenburg im Reichswirtschaftsministerium ist Geheimrat Schwarzkopf aus Kassel ausersehen.

•

Im Prozeß gegen die spanischen monarchistischen Aufrührer beantragte der Generalstaatsanwalt gegen General Sanjurjo die Todesstrafe, gegen die übrigen Angeklagten lebenslängliches Zuchthaus.

•

Am Reschenpaß verunglückte ein Autobus aus Ravensburg. Zwei Personen kamen ums Leben, 20 wurden verletzt.

*

Die deutsch-belgischen Kohlen-Verhandlungen sind zum Abschluß gekommen. Danach wird die deutsche Kohleneinfuhr nach Belgien vom Oktober ab herabgesetzt gegen handelspolitische Zugeständnisse Belgiens auf anderen Gebieten.

*

Der Führer einer englischen arktischen Expedition, der 25jährige H. G. Watkins, ist bei einem Kajak-Unfall auf der Seehundsjagd auf Grönland ertrunken.

Wehrsport für die Jugend

Eine der kommenden Regierungsmaßnahmen

In kürzester Zeit wird eine neue wichtige Regierungsmaßnahme die Oeffentlichkeit überraschen: die Durchführung des Wehrsports mit maßgeblicher Unterstützung der Reichsregierung. Wir sind bereits heute in der Lage, nähere Einzelheiten über diese kommende Regierungsmaßnahme bekanntzugeben:

Zunächst der Grundgedanke: die Wehrsportbewegung soll, wie die Regierung betont, nicht gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstoßen. Zu diesem Zwecke wird ein Reichskuratorium gebildet werden, das über die Wehrsportbewegung zu wachen hat. Nach schwierigen Auseinandersetzungen ist man dazu gekommen, die großen Verbände zu den hauptsächlichsten Trägern des Wehrsports zu machen und ihnen zu diesem Zwecke die notwendigen finanziellen Unterstützungen von Reichswegen zu gewähren. Ueber den Gedanken des Wehrsports ist zwar schon oft genug in der Wilhelmstraße gesprochen worden; jetzt erst gewinnt er jedoch eine tatsächliche Form. Und es kann gesagt werden, daß die Wehrsportpläne der Reichsregierung sich in starkem Maße auf die Erfahrungen stützen, die der Stahlhelm gesammelt hat. Ausdrücklich jedoch wird hervorgehoben, daß alle großen Verbände, die sich in diesen Dingen dem Reichsinnenministerium unterordnen wollen, Träger des Wehrsports sein werden.

Wie soll der Wehrsport in Deutschland aussehen? Vorläufig wird das Prinzip der Freiwilligkeit, allerdings mit wichtigen Einschränkungen aufrechterhalten. Ist die Zusammenfassung der Wehrsport-Freiwilligen in Ländern notwendig? Auch über diese Frage hat man sich bald geeinigt: es gibt in Deutschland kaum ein Dutzend geeignete Läger, die nicht mehr als 100 Menschen gleichzeitig aufnehmen können. Für die Anlage weiterer Lager allein zur Durchführung des Wehrsports fehlen die Mittel. In Lagern können also nur diejenigen Wehrsportler untergebracht werden, die gleichzeitig am freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmen. Für sämtliche Arbeitsdienstfreiwilligen, die in der Regel ja nur den halben Tag beschäftigt sind, soll der Wehrsport als ergänzende Pflichtübung hinzutreten. Und da höchstwahrscheinlich die Auszahlung der Unterstützung an jugendliche Erwerbslose von einer Teilnahme am Arbeitsdienst abhängig gemacht werden wird, liegt hier ein gewisser Zwang zum Wehrsport vor. Die anderen Wehrsportler jedoch, die nicht am Arbeitsdienst beteiligt sind, werden von ihrem Verband mehrmals wöchentlich, auch an mehreren Sonntagen im Monat zu wehrsportlichen Uebungen herangezogen.

Welches sind nun diese wehrsportlichen Uebungen, die für die ganze Wehrsportbewegung Geltung haben? Die amtlichen Stellen gehen davon aus, daß die körperliche Leistung der deutschen Jugend trotz des Sportes schlecht sei, weil der Sport eben nicht systematisch und diszipliniert genug betrieben wird. Deshalb gehört zum Wehrsport zunächst eine gymnastische Ausbildung, wie sie früher der Soldat zur Zeit der allgemeinen Wehrpflicht bekam. Dann folgen im Programm Marschübungen, wobei der Wehrsportler durch lange Märsche mit Gepäck die Strapazen des Marsches überwinden lernen soll. Geländeübungen, bei denen bestimmte geländekundliche Aufgaben zu lösen sind, sind ebenso wichtig wie die Ausbildung im Kleinkaliberschießen. Und ein ganz besonderes Kapitel ist der Luftschutz, vom Flugmeldedienst bis zu Schanzübungen zum Bau von Gräben und Unterständen.

Die Frage, wie weit das Ausland gegen die deutschen Wehrsport-Absichten Bedenken haben kann, ist im Kabinett eingehend geprüft worden. Man hat, das kann ruhig hervorgehoben werden, auch ziemlich eingehend mit fremden Mächten Fühlung genommen und dabei festgestellt, daß z. B. von englischer und amerikanischer Seite grundsätzliche Einwände nicht gemacht werden, während Frankreich, wie zu erwarten, mißtrauisch ist. Man hofft, diesen Bedenken dadurch zu begegnen, daß man eine reichliche Trennung zwischen Wehrsport und Reichswehrministerium vornimmt. Trotzdem ist es ja kein Geheimnis, daß gerade General von Schleicher im Kabinett den Standpunkt vertritt, Deutschland müsse die ihm im Rahmen des Versailler Vertrags gegebenen Möglichkeiten der Wehrbetätigung voll ausnutzen. Das Alter der am Wehrsport Beteiligten wird in der Hauptsache zwischen 20 und 30 Jahren liegen. Die Führer werden eher älter als jünger sein. Für die Ausbildung der Führer werden die vorhandenen Lager zur Verfügung gestellt und hier bestimmte Ausbildungskurse abgehalten. Man wird auch daran denken, ehemalige Reichswehrangehörige, die nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Dienstzeit in den Zivildienst übertreten, als Führer der Wehrsportabteilungen zu verwenden.

Preußenregierung und Landtag

Die Befugnisse des preußischen Landtags der kommissarischen Regierung gegenüber

Berlin, 24. Aug. Die Mitteilung, daß der Vorsitzende des Justizuntersuchungsausschusses des preußischen Landtages Abgeordneter Dr. **Freisler** (NS.) sich nach Beuthen begeben habe, um an Ort und Stelle nachzuprüfen, welche Einwirkungsmöglichkeiten dieser Untersuchungsausschuß bezw. der Landtag überhaupt im Falle des Beuthener Urteils gegen die SA.-Leute habe, hat in parlamentarischen wie politischen Kreisen die Frage in den Vordergrund gebracht, **welche Befugnisse das Parlament** überhaupt gegenüber der kommissarischen Staatsregierung habe.

Dem Nachrichtenbüro des VdZ. wird hierzu in gut unterrichteten Kreisen erklärt, bei den bevorstehenden Verhandlungen des Landtagsplenums und seiner Ausschüsse werde sich die kommissarische Regierung voraussichtlich auf den Standpunkt stellen, daß sie **dem Landtage gegenüber weder verantwortlich noch an seine Beschlüsse gebunden sei.** Die kommissarische Regierung dürfe die Meinung vertreten, daß sie **allein dem Reichspräsidenten verantwortlich sei,** da sie ja auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Preußen eingesetzt wäre. Die kommissarische Regierung scheint dabei nicht die Absicht zu haben, sich grundsätzlich von jeder Mitarbeit im Parlament fernzuhalten. Dagegen dürfte sie klarlegen, daß es lediglich einen Akt **des Entgegenkommens** darstelle, wenn sie dem Landtage oder seinen Ausschüssen **sachliche Auskünfte erteile.** Das gilt insbesondere wohl für etwaige Interpellationen der Fraktionen, die zum Teil zu den blutigen Zusammenstößen usw. bereits eingebracht sind. Im übrigen hört man in politischen Kreisen, daß nach Ansicht der kommissarischen Regierung die verfassungsmäßigen und geschäftsordnungsmäßigen Rechte des Landtages gegenüber dem Reichskommissar und seiner Regierung nicht wirksam werden könnten, vor allem also nicht die Bestimmungen über Mißtrauensanträge. In diesem Zusammenhang wird betont, daß die Reise des Abg. Dr Freisler nach Beuthen gewissermaßen auf eigenes Risiko erfolgt sei. Nach den einschlägigen Bestimmungen der Verfassung könne übrigens der Justizuntersuchungsausschuß sich erst dann mit dem Beuthener Urteil beschäftigen, wenn im Landtag ein **entsprechender Antrag** eingebracht wird und wenn eine **Landtagsmehrheit beschließt,** diesen Antrag dem Untersuchungsausschuß zu überweisen. Auch dann hätte der Vorsitzende des Ausschusses persönlich keine besondere Befugnisse, solange er sich nicht auf Beschlüsse des Untersuchungsausschusses stützen könnte.

Was im übrigen die Vorstöße gegen die Notverordnungen der kommissarischen Regierung auf dem Gebiete der **Verwaltungs- und der Justizreform** anlange, so hat nach Meinung unterrichteter politischer Kreise **auch hier der Landtag nicht das Recht, ihre Aufhebung durchzusetzen.** Einmal stützen sich diese Notverordnungen auf die grundsätzliche Sparermächtigung des Reichspräsidenten, gegen deren Anwendung nach Meinung des Staatsgerichtshofes die Parlamente nichts unternehmen können, dann aber werden ja auch die Rechte des Parlamentes gegenüber der kommissarischen Regierung generell bestritten.

Besprechungen beim Reichskanzler

Berlin, 24. Aug. Der für Dienstag angesetzte Empfang des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, **Krupp von Bohlen und Halbach** und anderer Wirtschaftsführer beim Reichskanzler ist auf Donnerstag verschoben worden. Auch im Laufe des Mittwochs werden eine Reihe von Empfängen zu Aussprachen über die wirtschaftspolitische Lage und die Pläne der Reichsregierung stattfinden. So hat sich eine Abordnung der Senate und Handelskammern der **Hansestädte** nach Berlin begeben, um im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsernährungsministerium grundsätzliche Fragen der Handelspolitik zur Sprache zu bringen. Es handelt sich insbesondere um die angekündigte weitgehende Verminderung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, und um die Maßnahmen für stärkere Verwendung einheimischer Erzeugnisse, sowie um die Zollerhöhungen aus Anlaß des Außerkrafttretens des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

Im Zusammenhang mit den grundsätzlichen Aenderungen in unserer Handelspolitik wird in den nächsten Tagen der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, **Dr. Trendelenburg,** der verschiedentlich auch vertretungsweise das Ministerium geleitet hat, von seinem Amt zurücktreten. Dr. Trendelenburg, der stets den Grundsatz der Meistbegünstigung in der Außenhandelspolitik vertrat und sich gegen die Autarkie-Bestrebungen gewandt hat, glaubt wohl, den neuen Kurs, der bereits im Rahmen des neuen Aufbauprogramms scharfe Einfuhrbeschränkungen durchführen will, nicht mitmachen zu können. Unter den Namen, die für eine Nachfolge genannt werden, taucht Wickard von Möllendorf auf. Möllendorf hat während der Amtszeit der sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Robert Schmidt und Wissell mit seinen planwirtschaftlichen Gedankengängen eine besondere Rolle gespielt.

•

Der neue Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Geheimrat Schwarzkopf

Berlin, 24. Aug. Am Mittwoch ist das **Abschiedsgesuch des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg** im Reichswirtschaftsministerium genehmigt worden. Als Nachfolger ist **Geheimrat Schwarzkopf,** der bisherige Direktor der Landeskreditkasse in Kassel ausersehen.

Vertreter des Handwerks beim Reichskanzler

Berlin, 24. Aug. Der Reichskanzler empfing am Mittwoch vormittag **Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Handwerks** zu einer eingehenden Aussprache über die Wirtschaftslage und die daraus abgeleiteten Wünsche. Diese betrafen vordringlich die **Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten** für das selbständige Handwerk, insbesondere durch Wiederherstellung des Althausbesitzes. Im Zusammenhang hiermit wurde die Lage des gewerblichen Genossenschaftswesens und die Notwendigkeit einer einheitlichen Kreditpolitik für den gewerblichen Mittelstand erörtert. Schließlich äußerten die Vertreter des Handwerks den Wunsch, daß bei künftigen organisatorischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung mehr als bisher auf die Eigenart des Handwerks als einer selbständigen Berufsgruppe Rücksicht genommen werden möge. Der Reichskanzler sagte zu, daß die Vorschläge in Fühlung mit der Spitzenvertretung des Handwerks eingehend geprüft werden würden.

Rede Dr. Luthers auf dem Genossenschaftstag

Dortmund, 24 Aug. Die Verhandlungen des 68. **Deutschen Genossenschaftstages** fanden ihren Abschluß mit einer Ansprache des Reichsbankpräsidenten **Dr. Luther,** der u. a. ausführte: Wenn man auch noch nicht sagen kann, daß die Wirtschaftskrise ihren Drehpunkt bereits durchschritten hat, so ist doch die elementare Kraft des Schrumpfungsprozesses der Wirtschaft nicht mehr so groß, daß man nicht alles daran setzen müsse, den Wirtschaftenden wieder Mut zu machen und daß man nicht mit wohlüberlegten und entschiedenen Maßnahmen der Staatsgewalt und der Reichsbank nunmehr versuchen dürfte und müßte, den natürlichen Genesungsprozeß zu unterstützen. Die **Währung ist kein Versuchsfeld,** keine Stelle an der ohne die Erfahrungen der Vergangenheit zu benutzen, herumgebastelt werden darf. Mit der Kampfspritze der offenen, verschleierten oder dosierten Inflation sich als Reichsbankpräsident Volkstümlichkeit zu erringen, die sicher rasch einer ewigen Verfluchung Platz machen würde, muß ich vor meinem Gewissen und vor meinem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber unserem Vaterlande ablehnen.

Die Reichsbank ist bereit, der Wirtschaft zu jedem wirtschaftlich gesunden Zweck ihre Kreditkraft zur Verfügung zu stellen.

Auf die aktuellen Probleme der **Zinshöhe** ging Dr. Luther nicht in vollem Umfange ein, er behielt sich seine ausführliche Stellungnahme mit Rücksicht auf die Erörterungen, die zur Zeit noch zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank schweben, vor. Was den **Diskontsatz** anbetrifft, sagte Dr. Luther, so ist die Reichsbank **zur weiteren Senkung schon seit längerer Zeit bereit.** Wenn diese Diskontsenkung bisher nicht erfolgt ist, so liegt das

lediglich an der Vorschrift des Bankgesetzes, die bei Unterschreitung der 40prozentigen Deckungsgrenze einen Diskontsatz von weniger als 5 Prozent für unzulässig erklärt. Wünsche und Bemühungen der Reichsbank gehen dahin, daß die **gesetzlichen Hindernisse**, die die Freiheit der Diskontpolitik der Reichsbank einengen, **so bald als möglich beseitigt werden.** Zum Abschluß seiner Darlegungen behandelte der Reichsbankpräsident noch kurz die **Organisation des Bankwesens**, obwohl die schwere Wirtschaftskrise die Notwendigkeit herbeigeführt habe, in großem Umfange den Kredit des Reiches und Barmittel und Kredit der Reichsbank innerhalb des Bankwesens einzusetzen, so könne doch eine Verstaatlichung des Bankwesens nicht die Lösung bedeuten. Für die Zukunft komme es darauf an, durch **echte und durchgreifende Reformmaßnahmen** am Staatlichen alles, was Staats- und öffentliche Aufgabenerfüllung sei, gesund und kräftig zu machen. Das **private Wirtschaftsleben** aber könne nur in der Luft der **Freiheit und der Selbstverantwortung** der einzelnen gedeihen. Das Durcheinander von Staat und Wirtschaft habe nur Unsegen gebracht. Um des Wohles der Gesamtheit willen müßten starker Staat und freie Wirtschaft die Leitsterne sein.

Immer wieder Kundgebungrn in Beuthen

Beuthen, 24 Aug. Vor dem Beuthener Gerichtsgebäude sammelte sich am Mittwoch mittag eine große Anzahl **uniformierter SA.-Leute** unter Führung des Reichstagsabgeordneten **Heines** an, um den Stabschef der SA., Röhm, zu empfangen, der im Auftrage Adolf Hitlers die im Potempaer Prozeß verurteilten SA.-Leute besuchte. In wenigen Minuten hatten sich vor dem Gerichtsgebäude auf dem Kaiser Franz Josephs-Platz sowie in den anliegenden Straßen **mehrere tausend Personen** angesammelt, so daß die Polizei zur Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs zwei Hundertschaften einsetzten mußte. Die SA.-Leute riefen „Heraus mit unseren Gefangenen" und sangen nationalsozialistische Lieder.

*

Neue Beweisanträge im Potempa-Prozeß angekündigt

München, 24. Aug. Justizrat **Dr. Lütgebrune**, der Verteidiger der Beuthener Verurteilten, erklärte, ihm seien **neue Beweismittel** beigebracht worden, die es notwendig erscheinen lassen, den Potempa-Prozeß **im ordentlichen Gerichtsverfahren nachzuprüfen.** Es sei ihm gelungen, festzustellen, daß der getötete Pietrzuch am Abend des 9. August zwischen 10 und 11 Uhr einen SA.-Mann namens Swoka mit zwölf anderen Kommunisten überfallen habe. Ein Begleiter des Ueberfallenen sei zum Gastwirt Lachmann geeilt, bei dem das SA.-Schutzkommando lag, und habe um Hilfe gebeten. Damit erfahre der Sachverhalt eine völlig neue Beleuchtung.

*

Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages nach Beuthen einberufen

Berlin, 24. Aug. Der Vorsitzende des Rechtspflege-Untersuchungsausschusses Abg. **Freisler** (NS.) hat den Ausschuß für den **2. und 3. September nach Beuthen einberufen**, wo sich der Ausschuß an Ort und Stelle mit den Todesurteilen gegen die fünf Nationalsozialisten befassen soll. Die nach der Geschäftsordnung des Preußischen Landtags für die Abhaltung von Ausschußsitzungen in der vollsitzungsfreien Zeit erforderliche Genehmigung des Landtagspräsidenten ist bereits erteilt worden.

Bannmeile um das Beuthener Gericht. — Eine zweite Polizeiverordnung.

T.U. **Oppeln**, 24. Aug. Nach einer zweiten Verordnung des Regierungspräsidenten von Oberschlesien ist in einem besonders begrenzten Stadtbezirk um das Landgericht Beuthen jede Ansammlung oder Zusammenrottung von einzelnen Personen und Gruppen auf der Straße verboten. Auch das Befahren der Straßen in diesem Bezirk mit Kraftwagen zu Zwecken der Personenbeförderung ist untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Erhebung eines Zwangsgeldes bis zu 150 RM. bedroht. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der bisherigen Notverordnungen über Demonstrations- und Umzugsverbot davon unberührt.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Neue Sondergerichtsurteile

Erster Fall vor dem Berliner Sondergericht

Berlin, 24. Aug. Vor dem Berliner Sondergericht hatten sich der 20jährige kommunistische Hausdiener Paul Schmidtke wegen schweren Landfriedensbruches und der 25jährige nationalsozialistische Arbeiter Franz Bickel wegen unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten. Nach der Vernehmung der Angeklagten **beantragte** der Staatsanwalt gegen **Schmidtke** die durch die Notverordnung vorgeschriebene **Zuchthausstrafe von 10 Jahren** und gegen Bickel eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Der Anklage liegt ein politischer Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zugrunde, der sich in der Nacht zum 15. August im Osten Berlins ereignet hatte. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden mehrere Nationalsozialisten von etwa 20 Kommunisten überfallen. Die Angreifer gaben dabei mehrere Schüsse ab, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Als Schütze wurde von der Polizei der Angeklagte Schmidtke ermittelt.

Das Urteil: 10 Jahre Zuchthaus

Das erste Urteil des Berliner Sondergerichts lautete gegen den Kommunisten Schmidtke auf 10 Jahre Zuchthaus, der Nationalsozialist Bickel wurde freigesprochen.

Nach der Urteilsbegründung erlitt der zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte Angeklagte Schmidtke, als seine Mutter an die Anklagebank heranrat, um sich schluchzend von ihm zu verabschieden, einen hochgradigen Erregungsanfall. Er wollte sich nicht abführen lassen, sodaß ihn vier Justizwachtmeister mit Gewalt fortschleppen mußten.

*

Die Ueberfälle von Neumünster vor dem Kieler Sondergericht

Kiel, 24. Aug. Vor dem bei dem hiesigen Landgericht eingesetzten Sondergericht fand die erste Verhandlung statt. Wegen Landfriedensbruchs hatten sich Angehörige der Eisernen Front aus Neumünster zu verantworten, denen zur Last gelegt wird, sich zusammengerottet zu haben und in der Lerchenstraße in Neumünster **nationalsozialistische Zettelverteiler angegriffen** und in bestialischer Weise mißhandelt zu haben. Die neunstündige Verhandlung bestätigte die zur Verhandlung stehenden Vorfälle in vollem Umfange. Das Gericht **verurteilte** unter Zubilligung mildernder Umstände Bracker zu einem Jahr zwei Monaten, Wolter zu einem Jahr sechs Monaten, Sick zu einem Jahr vier Monaten, Luettjohann Warnke und Schnoor zu je einem Jahr zwei Monaten, Heyden zu acht Monaten und Münster zu drei Monaten Gefängnis. Gegen sämtliche Angeklagte bis auf Münster wurde Haftbefehl erlassen.

*

Verurteilung eines Kommunisten zu 15 Jahren Zuchthaus

Kiel, 24. Aug. Nach mehrtägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht den der KPD. angehörenden Arbeiter **Weitzel aus Neumünster**, der am 11. November 1931 bei einem politischen Zusammenstoß den Nationalsozialisten Martens aus Bordesholm durch einen Pistolenschuß getötet sowie den praktischen Arzt Dr. Müller und den Bankbeamten Begemann aus Neumünster schwer verletzt hatte, wegen schweren Landfriedensbruchs, vollendeten Totschlags und versuchten Totschlags in zwei Fällen zu **15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.**

Die „fliegende Familie" gestartet

T.U. **New-York**, 24. Aug. Die „fliegende Familie", das Ehepaar Hutchinson mit zwei Töchtern im Alter von 8 und 6 Jahren, ist am Mittwoch um 19,52 Uhr M.E.Z. in St. John (Neu-Braunschweig) zum Flug nach London gestartet. An Bord des Flugzeuges befinden sich außer der Familie noch vier Mann und zwar ein Steuermann, ein Mechaniker, ein Funker und ein Bildberichterstatter. Nächstes Ziel der Flieger ist Port Menier auf der im St. Lorenz-Golf gelegenen Anticosti-Insel. Von dort soll bekanntlich der Flug auf der Gronau-Linie fortgesetzt werden.

Staatssekretär Trendelenburg zurückgetreten.

Dr. Trendelenburg, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, ist infolge des Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik des Reiches von seinem Posten zurückgetreten. Dr. Trendelenburg, der maßgebenden Einfluß auf die Handelspolitik der letzten Reichskabinette hatte, war mehrere Male mit der stellvertretenden Leitung des Reichswirtschaftsministeriums betraut.

Um die Weiterführung der Deutschen Staatspartei

Berlin, 24. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, hält die **Deutsche Staatspartei** am 3. und 4. September in Berlin eine **Tagung** ihrer Vorstände ab. Den Hauptverhandlungsgegenstand wird die Frage bilden,

in welcher Form die Partei weitergeführt werden soll.

Es wird dem Nachrichtenbüro gegenüber von maßgebender Seite betont, daß die Pressenachrichten völlig unrichtig seien, wonach **drei Richtungen** in der Staatspartei vorhanden wären, von denen die eine die sofortige Auflösung der Partei, die andere die Aufrechterhaltung die dritte den gemeinsamen Uebertritt zur Zentrumspartei verlange. Der Ausgang der letzten Reichstagswahlen habe an der Bereitwilligkeit, **im Rahmen einer verbreiterten republikanischen Mitte aufgehen zu wollen**, nichts geändert, sondern im Gegenteil diese Bereitwilligkeit der Deutschen Staatspartei noch verstärkt. Solange aber die Voraussetzungen dafür fehlten, d. h. solange keine tragfähige neue Parteigruppierung zu erkennen sei, dürfte die Vorstandssitzung zu dem Beschluß führen, **die bisherigen Organisationen der Partei festzuhalten** und unter allen Umständen denjenigen, die nicht auf dem Boden des Sozialismus oder des Konfessionalismus stehen, eine republikanisch-bürgerliche politische Heimat zu erhalten.

Schwere Zusammenstöße in Ostoberschlesien

Kattowitz, 24. Aug. In der Nähe der Arnes-Hütte bei Dittkow kam es Dienstag nachmittag zwischen den dort „wegen wilden Abbaus" **streikenden Arbeitslosen und der Polizei zu blutigen Zusammenstößen.** Eine größere Polizeitruppe im Stahlhelm und mit Gewehren sperrte das Gelände ab und vertrieb die Arbeitslosen aus den Notschächten. Die Arbeitslosen setzten den Polizeibeamten verzweifelten Widerstand mit Aexten und Keilhauern entgegen, mußten aber der Uebermacht der Polizei weichen. Nach den bisherigen Mitteilungen sollen mehrere Arbeitslose getötet und verletzt worden sein.

Der Pariser Kabinettsrat

Herriot über die Lage in Deutschland.

T.U. **Paris**, 24. Aug. Im Kabinettsrat am Mittwoch berichteten der Ministerpräsident und Außenminister Herriot über die außenpolitische Lage. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Daladier, hielt anschließend einen Vortrag über die Eisenbahnfrage. Landwirtschaftsminister Gardey unterrichtete seine Kollegen über die ernste Lage auf dem französischen Getreidemarkt.

Neben der kurzen amtlichen Mitteilung verlautet, daß Herriot sich in seinem Bericht hauptsächlich mit der Lage in Deutschland und ihren möglichen Rückwirkungen auf die deutsche Politik gegenüber Frankreich befaßt habe.

44. Fortsetzung. **Nachdruck verboten.**

„Also, dann lassen Sie uns von Wemblin sprechen. Wie kamen Sie mit ihm zusammen?" forderte Wolter sie auf.

„Ich mußte des öfteren mit Kereczik eine Gesellschaft in der Motzstraße besuchen."

„Einen Nachtklub, in dem gespielt wurde."

„Ja. Dort lernte ich Wemblin kennen, der sich sofort in mich verliebte. Kereczik verbot mir zuerst jeden Umgang mit ihm, doch das änderte sich, als Wemblin an der Seite eines Oberleutnants von Reischach erschien. Mit einem Male war die Verbindung mit Wemblin wertvoll geworden. Ich mußte mit ihm liebäugeln und soviel als möglich aus seinem Leben zu erfahren trachten. Was er mir erzählte, berichtete ich dann an Kereczik. Was sich nun zwischen den beiden abgespielt hat, habe ich, wie ich schon hervorhob, erst nachträglich erfahren. Wemblin, der die Güter seines Vetters verwaltete, hatte Gelder unterschlagen und befand sich in arger Bedrängnis, wie er die Summe zur Deckung aufbringen solle. Kereczik lieh ihm das Geld unter der Bedingung, daß Wemblin ihm gewisse Papiere aus Reischachs Schreibtisch beschaffe. Wemblin versagte bei dem Unternehmen und weigerte sich, ein zweites Mal den Versuch zu wagen. Als nun Kereczik ihm drohte, erklärte er, diesen anzeigen zu wollen, wenn er nicht still sei. Tatsächlich soll Wemblin sich schon mit einem Kriminalbeamten in Verbindung gesetzt haben. Daraufhin wurde beschlossen, Wemblin zu beseitigen. An dem festgesetzten Tage mußte ich, nachdem Kereczik die Verbindung telephonisch hergestellt hatte, Wemblin unter dem Vorwand in seine Wohnung locken, mich mit ihm über das Filmmanuskript besprechen zu wollen. Er sagte sofort zu, jedoch könne er erst gegen sieben Uhr anwesend sein. Kurz vor halb acht traf ich bei ihm ein. Wir saßen zusammen auf dem Klubsofa. Als er zärtlich zu mir werden wollte, riß ich mich los und dabei muß das alte Schloß meiner Busennadel aufgesprungen sein. Gleich darauf kam die Wirtschafterin. Ich floh ins Schlafzimmer und blieb dort, bis Lauffenberg gegangen war. Eben wollte ich ins Herrenzimmer zurück, da stand Kereczik neben mir. Ich erschrak, daß ich beinahe laut aufgeschrien hätte, denn ich wußte nicht, woher er so plötzlich gekommen war.

Er öffnete die Tür des Kleiderschrankes und befahl mir, durch diesen in die nebenan befindliche Wohnung zu verschwinden. „Du hast hier nichts mehr zu suchen!" Entsetzlich unheimlich war mir, ich stand nun in einer fremden Wohnung, einem mir gänzlich unbekannten Zimmer. Da ging die Tür auf und einer seiner Bekannten kam herein, er hieß Gardiakos, ein Grieche. Er führte mich in ein Nebenzimmer. Dort mußte ich warten. Am Schlüsselloch dieses Zimmers lauschend, hörte ich dann, daß Kereczik Wemblin mit dessen Revolver erschossen habe. Es war aber nicht Wemblins, sondern Lauffenbergs Revolver. Um den Anschein eines Selbstmordes vorzutäuschen, hatte Kereczik, der Wemblins Leben genau kannte, ein Schreiben anfertigen lassen . . ."

„Das mit Anita unterzeichnet war?" fragte Wolter dazwischen.

„Ja, ich glaube, so war der Name. Und außerdem hatte er einen entsprechenden Nachsatz darunter setzen lassen. Alles von ausgezeichneten Fälschern hergestellt."

„Sehr gut haben die Leute gearbeitet, aber dennoch nicht echt genug, um jeden Zweifel zu unterdrücken," bemerkte Fränkel.

„Und nun noch das Bindeglied zu der Wohnung in der Hardenbergstraße. Haben Sie dort immer gewohnt?"

„Aber nein, das war nicht meine Wohnung, ich lebte in Wannsee. In der Hardenbergstraße hatte sich Graf Rymanow eingemietet, der mich seit dem Tage meines Verschwindens suchte. Er würde mich hier wie anderwärts nicht gefunden haben, wenn wir uns nicht zufällig in den Weg gelaufen wären. Unter den Linden war es, ich stieg aus dem Auto, er wollte es benutzen und da erkannten wir uns."

Die Gräfin schloß die Augen, preßte die Hände vors Gesicht und brach erneut in Weinen aus. Ihr Körper wurde wie im Fieberfrost geschüttelt.

Die Kommissare ließen ihr Zeit, sich einigermaßen zu erholen. Dann nahm Wolter nochmals das Wort, er bat sie, fortzufahren.

„Ich wollte fliehen, aber er hielt mich am Handgelenk fest, bat mich, erneut einzusteigen und, während der Fahrt, ihm zu sagen, warum ich spurlos ohne Grundangabe verschwunden. Ich weigerte mich, aber er war so lieb und gut zu mir und mir war so selig zumute, nach langer Zeit einen Menschen neben mir zu haben, den ich liebte, der mich immer verstanden hatte, und so geschah es, daß ich Andeutungen machte, die ihn entsetzten. In seiner Wohnung habe ich ihm dann die ganze Wahrheit enthüllt. Ich mußte bei ihm bleiben, während er sich mit meinem Vater in Verbindung setzte. Kurz bevor Sie kamen, ging er noch einmal aufs Konsulat. Wie Kereczik in die Wohnung kam, weiß ich nicht. Er wird es ausgekundschaftet haben, daß ich mit Rymanow zusammengetroffen und mittels Nachschlüssel eingedrungen sein, ich habe wenigstens keine andere Lösung."

Das lange Verhör, das viele Erzählen hatte die Gräfin ersichtlich angestrengt, ihre Stimme war immer leiser geworden.

„Noch zwei Fragen, Gräfin. Warum stellte sich Kereczik als Geheimrat Gerstenberg vor?"

„Wahrscheinlich deshalb, weil er vermutete, daß Sie Kenntnis davon hätten, daß Gerstenberg sich mit mir verloben wollte. Ich sollte zum Schein darauf eingehen, um mehr aus dem verschlossenen Manne herauszuholen."

„Danach müssen Sie doch in Kereczik's Pläne eingeweiht gewesen sein, er muß Ihnen bestimmte Fragen aufgetragen haben?"

„Nein! Glauben Sie mir doch, meine Herren!" schrie die Gräfin auf.

Fränkel blickte zweifelnd zu Wolter, der zuckte die Achseln.

„Nun die zweite Frage. Sie haben in der Wannseebahn einen Zettel verloren, auf dem die Worte standen: „Gib acht auf Orla!" Wer ist Orla und was bedeutete die Aufforderung?"

„Orla ist — Wemblin."

„Aha! Ein Geheimname!"

„Kereczik gab allen besondere Namen, nie sagte er den richtigen, er verband irgend etwas mit jedem Menschen und nannte ihn danach. So erklärte er mir es, als ich ihn fragte, wieso er Wemblin stets Orla nenne. Er lächelte dabei. Jede weitere Aufklärung verweigerte er mir."

(Schluß folgt.)